

Offener Brief an die Stadt Karlsruhe zum 6. August 2015

Mayors for Peace - Karlsruhe gegen Atomwaffen Unsere Einschätzungen, Fragen und Forderungen

Mit dem Beitritt zur weltweiten Vereinigung Mayors for Peace im Oktober 2014 hat sich die Stadt Karlsruhe der Forderung nach einer Abschaffung von Atomwaffen und einer konsequenten Umsetzung des Atomwaffensperrvertrags angeschlossen. Karlsruhes Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup bekräftigte dies eindrucksvoll bei der ersten Hissung der Flagge der Mayers for Peace am 8. Juli 2015.

Der Sperrvertrag von 1968, den die Bundesrepublik 1975 ratifizierte, hat drei Pfeiler:

- a) die Nukleare Abrüstung,
- b) die Nichtverbreitung von Kernwaffen,
- c) die Garantie friedlicher Nutzung der Kernkraft für alle.

a) Zur Abschaffung von Atomwaffen und nuklearen Abrüstung

fordern wir unsere Stadt auf, sich als eine mögliche Maßnahme bei der Bundesregierung dafür zu verwenden, dass Deutschland sich ebenso wie 108 Nichtkernwaffenstaaten dem von Österreich angeregten „Humanitarian Pledge (Verpflichtung zur Humanität)“ anschließt. Diese Bewegung stellt die gerade für Städte fundamentale Tatsache in den Mittelpunkt, dass Atombombeneinsätze katastrophale humanitäre Auswirkungen haben. Initiativen wie IPPNW und ICAN unterstützen diese Bewegung.

b) Zur Nichtverbreitung

verpflichten sich im Sperrvertrag zunächst die unterzeichnenden Kernwaffenstaaten. Die Nichtbesitzer verpflichten sich, Kernwaffen von niemandem anzunehmen, sie weder herzustellen noch sonst wie zu erwerben und keine Unterstützung zur Herstellung von Kernwaffen zu suchen oder anzunehmen. Diese Bestimmung ist vor und nach dem Beitritt zum Vertrag von Mitarbeitern des Kernforschungszentrums und auch der Universität Karlsruhe mehrfach direkt und indirekt verletzt worden, insofern sie Unterstützung zur Waffenherstellung geleistet haben.

- Seit 1958 arbeitete u.a. Prof. Erwin Becker eng mit Südafrika bei der Errichtung einer in Karlsruhe entwickelten Urananreicherungsanlage nach dem Trenndüsenverfahren zusammen. 1979 zündete das Apartheidsregime eine erste damit konstruierte Bombe.
- Der Professor für physikalische Chemie Ulrich Schindewolf der Technischen Hochschule Karlsruhe half in den 70er Jahren beim Bau einer Schwerwasser-Produktionsanlage in Indien und bekannte, so „ungewollt“ an der Entwicklung der indischen Bombe mitgewirkt zu haben. (Bunsen-Magazin 6/2000, Neue Rheinische Zeitung 24. Juni 2015)
- Das Karlsruher Institut für Technologie KIT führt bis heute einen für die Weitergabe von Atomwaffentechnik an Pakistan Verantwortlichen als Ehrensensator. Unter der Ägide von Rudolf Greifeld schloss das KFK 1974 ein Kooperationsabkommen mit der pakistanischen Atomenergiebehörde, die auch die Zusammenarbeit im "sensitiven Bereichen" vorsah, also auf Gebieten, die sowohl zivil wie militärisch relevant waren. (German Foreign Policy 21.6.2012)
- Der Chemiker Walther Schnurr, 1960-70 wiss. Geschäftsführer der Gesellschaft für Kernforschung GfK, sollte Peron zur Atombombe verhelfen. Seine Biographie zeigt wie die Greifelds deutlich eine Verbindung zur NS-Zeit: Als Munitions- und Kampf-

stoffexperte für die IG Farben flüchtete er 1945 nach Argentinien und arbeitete wie viele NS-Deutsche für die Rüstungsforschung der Diktatur Perons. Von dort holte ihn Franz-Josef Strauß zehn Jahre später nach Karlsruhe. 1969 wurde er erster Direktor des Internationalen Büros (IB) in Karlsruhe. Zweck der IBs in Jülich und Karlsruhe war, die internationalen Kernkraftbeziehungen zu fördern und auch geheime Vereinbarungen zu ermöglichen. Argentinien und Brasilien hatten genauso wie der Iran ausgeprägte Nuklearmachtambitionen und alle drei profitierten u.a. von der Vorarbeit von ehemaligen NS-Wissenschaftlern.

Die Alliierten verordneten der Gesellschaft für Kernforschung GfK zwar als verbindliche Satzungsbestimmung: „Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke“, bekannt als Zivilklausel. Doch sie wurde nicht eingehalten. Der Bielefelder Professor für Technikgeschichte Joachim Radkau vertritt in seinem Buch »Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945 bis 1975« sogar die These, dass ein Grund für den Bau der Karlsruher Wiederaufarbeitungsanlage die militärische Option war. Die Anlage habe die Herausstrennung des Bombenspaltstoffs Plutonium erlaubt, um so unter dem Deckmantel der zivilen Atomkraft die militärische Entwicklung zu betreiben. (Junge Welt vom 23.10.08)

Und heute?

Das KIT-Gesetz vom Juli 2009 legt fest, dass das KIT Forschung und Entwicklung „zu friedlichen Zwecken“ betreibt, und eine Ethikkommission soll dies überwachen. Dies verhindert jedoch nicht, dass auf vielen Gebieten auch militärische, von Verteidigungsministerium, Rüstungsindustrie oder Pentagon finanzierte Projekte laufen. Im KIT Nord gilt dazu weiterhin für Großforschungsaufgaben wie die Atomforschung die Zivilklausel. Atomforschung geschieht dort unter dem Schirm von Grundlagenforschung, Sicherheitsforschung und dem „Dual Use“.

Aber kann „Nord“ und „Süd“ bei einer vollständigen Verflechtung des KIT voneinander abgegrenzt werden?

Wo tritt industrielle und militärische Geheimhaltung ein?

Wie kann militärisch brauchbare Wissens-Proliferation vermieden werden?

Was geschieht mit den Forschungsergebnissen des Instituts für Transurane ITU?

Das europäische Tritiumlabor Karlsruhe TLK z.B., mit der schwierigen Handhabung dieses radioaktiven Wasserstoffisotops, ist weltweit wegen seiner Relevanz für die militärische Seite der Atomforschung bekannt. Wer sich hier Kenntnisse erwerben kann, welche Länder Wissenschaftler hierher schicken, ist bisher nicht untersucht worden.

An nukleartechnischen Instituten des KIT-Nord werden u.a. Seminare zum Forschungsreaktor MYRRHA und zur vierten Generation von Atomkraftwerken auch mit Flüssigmetallkühlung durchgeführt; das Flüssigmetall-Labor KALLA am KIT nimmt in Deutschland eine führende Rolle in diesen Technologien ein.

Die Bundestagsfraktion der Grünen stellte an die Bundesregierung die Frage, ob es stimme, was ein Herr Dr. Chen berichtet habe, dass eine im KIT erforschte lautlose Flüssigmetall-Kühlung auch für russische Atom-U-Boote als attraktiv angefragt worden sei. In einer internationalen Fachkonferenz hatte er 2013 über diese neuartige Kühlung berichtet. Antwort: KIT und Regierung wüssten von nichts. (Broschüre über Veranstaltung am 29. April 2015 bei attac Karlsruhe).

All dies ruft nach Transparenz und öffentlicher Diskussion.

c) **Die friedliche Nutzung.**

Die Ausstellung "Hibakusha Weltweit" der Internationale der Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges IPPNW, die bis 11. September 2015 im Rathaus Stuttgart zu sehen ist, zeigt (s. Graphik „Nukleare Kette“), wie eng zivile und militärische Nutzung der Kernkraft zusammenhängen, wie die sogenannte friedliche Nutzung der Atomkraft für eine weite Verbreitung waffenfähiger Materialien sorgt; wie leicht sich militärische Atomprogramme kaschieren lassen. "Zivile und militärische Nutzung der Atomkraft lassen sich nicht trennen. Sie sind zwei Seiten derselben Medaille: dem Spiel mit dem atomaren Feuer." Abreicherung, Anreicherung, Wiederaufarbeitung – all dies kann auch für Kriegszwecke genutzt werden. Wie dies für Entwicklung, Gewinnung und Produktion zutrifft, so konsequenterweise auch für die Forschung.

Die deutsche Vereinigung der Mayors of Peace hat deshalb in der Frage der „friedlichen“ Kernenergie einen Schwenk vollzogen und begonnen, sich von der Forderung nach allgemeiner Nutzung abzuwenden. In der Abschlusserklärung ihrer Konferenz vom 29. Juni 2011 in Hannover wendet sie sich angesichts der Ereignisse in Fukushima und vor dem Hintergrund des Ausstiegs Deutschlands aus der Atomenergie an die Bundesregierung mit der Bitte, eine internationale Debatte auch über die zivile Nutzung der Atomenergie mit zu entwickeln und die Diskussion um den weltweiten Ausstieg auf die internationale Tagesordnung zu setzen. (Abschlusserklärung des 7. Treffens der deutschen Bürgermeister für den Frieden 2011)

FAZIT.

In der Konsequenz seines Beitritts zu Mayors for Peace sollte die Stadt Karlsruhe

- die Bundesregierung drängen, den „Humanitarian Pledge“ zu unterschreiben.
- die frühere Beteiligung Karlsruher Forscher bei der Verbreitung von Atomwaffen kritisch aufarbeiten.
- fordern, alle Vorhaben im Bereich der Atomforschung absolut öffentlich und transparent zu machen und jegliche Proliferation auszuschließen,
- fordern, die Forschungen für neue Reaktoren und ähnliche Projekte als Konsequenz des Ausstiegs Deutschlands aus der Atomenergie zugunsten alternativer Energieprojekte einzustellen und die Mittel dafür umzuwidmen.

Unterzeichnet von den Karlsruher Gruppen

- Initiative gegen Militärforschung an Universitäten,

- Attac Karlsruhe,

- Frauen für Frieden,

- Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen

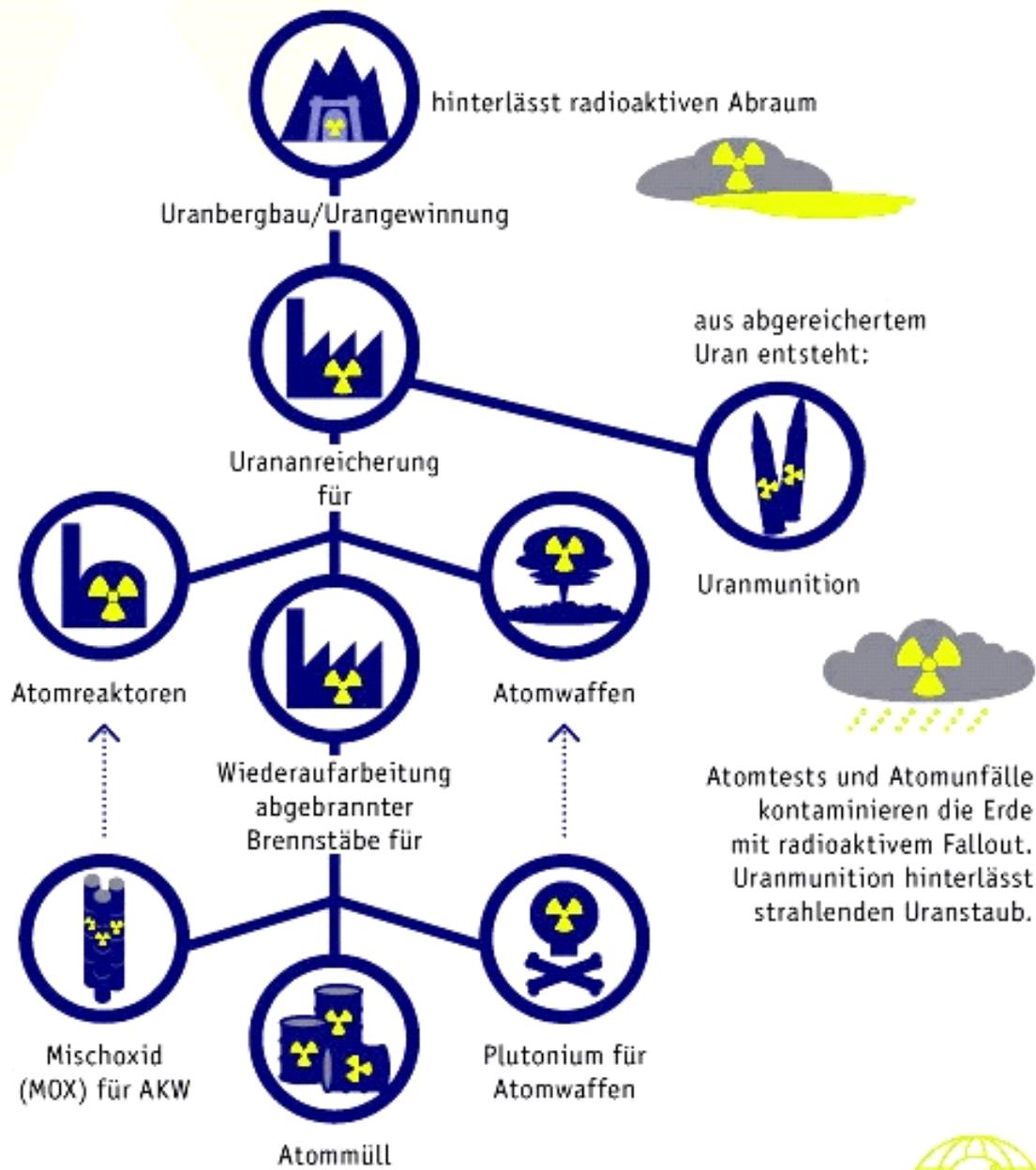
- Forum für gesellschaftlichen Frieden

- Harry Block (BUND)

f. d. R.

Dr. Ullrich Lochmann

Die Nukleare Kette



Eine Information der **IPPNW**